

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
24.11.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:02 Uhr bis 18:52 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Denis Häder

Harald Bartl
Ulrich Peinhardt
Sten Meerheim
Rudenz Schramm

Katja Müller

Gottfried Koehn
Kay Senius
Denis Helmich

Steffen Ahrens
Martin Bauersfeld

Ausschussvorsitzender,
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE Fraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),
Vertretung für Anja Krimmling-Schoeffler
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),
Vertretung für Elisabeth Nagel
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Vertretung für Wolfgang Aldag
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Sabine Ernst
Dr. Petra Sachse
Kirsten Sommer

Büroleiterin des Oberbürgermeisters
Leiterin DLZ Wirtschaft und Wissenschaft
stellvertretende Protokollführerin

Gäste:

Stefan Voß
Gisela Graupeter

Goswin van Rissenbeck
Jens Rauschenbach

Dieter Götte

Geschäftsführer Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Leiterin Finanz- und Rechnungswesen
Stadtmarketing
Leiter Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Rauschenbach und Kollegen GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Geschäftsführer Entwicklungs- und
Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH

Entschuldigt fehlten:

André Cierpinski
Andreas Hajek
Anja Krimmling-Schoeffler
Elisabeth Nagel
Wolfgang Aldag
Lothar Dieringer
Dirk Gernhardt
Mark Lange
Igor Matviyets
Frank Rösler
Susanne Krohn

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Häder** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Alle Anwesenden gedachten Herrn Steffen Drenkelfuß.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung und **Herr Häder** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 29.09.2015
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 27.10.2015
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200
- 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01447
- 4.2. Wirtschaftsplan 2016 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VI/2015/01253
- 4.3. Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01317
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum kommunalen Arbeitsmarktmanagement
Vorlage: VI/2015/01285

6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 29.09.2015

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 29.09.2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 27.10.2015

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 27.10.2015.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 Vorlage: VI/2015/01200

zu 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014 Vorlage: VI/2015/01447

Herr Häder eröffnete die 2. Lesung zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung 2016.

Da es keine weiteren Nachfragen gab, führte **Herr Koehn** in den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein.

Herr Peinhardt äußerte seine Verwunderung über den eingebrachten Änderungsantrag. Er erklärte, dass in der Sitzung des Betriebsausschusses des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung keine Äußerungen hinsichtlich mehr benötigter finanzieller Mittel getätigt

wurden. Er bat um entsprechende Untersetzung.

Dem konnte **Herr Koehn** vorerst nicht nachkommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Häder** um Abstimmung des Änderungsantrages und anschließend um Abstimmung der Beschlussvorlage bat.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01447**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
4 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

Die mittelfristige Finanzplanung des Produktes 1.57104 Eigenbetrieb für Arbeitsförderung wird wie folgt angepasst:

Plan ALT

2016	2017	2018	2019
990.500	990.500	990.500	990.500

Plan NEU

2016	2017	2018	2019
1.345.000	1.540.000	1.540.000	1.215.000

Die Deckung erfolgt aus der Allgemeinen Finanzwirtschaft.

**zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/01200**

Abstimmungsergebnis: zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2016 mit dem Haushaltsplan 2016.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2014 zur Kenntnis.

zu 4.2 Wirtschaftsplan 2016 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VI/2015/01253

Herr Häder begrüßte Herrn Voß und Frau Graupeter von der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH und übergab ihnen das Wort.

Herr Voß und **Frau Graupeter** führten in die Beschlussvorlage ein und gaben analog der Begründung die wesentlichen Punkte wieder.

Herr Häder bat um Nachfragen.

Zum Projekt Saale-Elster-Kanal fragte **Herr Meerheim**, inwieweit das Stadtmarketing in das Projekt involviert ist und wie es mit der Verwaltung koordiniert wird.

Herr Voß verdeutlichte, dass derzeit auf Initiative des Oberbürgermeisters länderübergreifend über die Gründung eines Zweckverbandes zum Ausbau des Saale-Elster-Kanals beraten wird. Auch aufgrund dieser Pläne dürfte keine Rückstufung der Saale von einer Bundeswasserstraße in eine Restwasserstraße erfolgen. Das Stadtmarketing unterstützt und begleitet diese Vorhaben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Häder** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Finanzausschuss der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 25.09.2015:

1. Der Wirtschaftsplan 2016 wird bestätigt.
2. Die Mittelfristplanung bis 2018 wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01317

Herr Häder übergab das Wort **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** und bat diesen um einleitende Worte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte die Zielstellung, Ausgangslage und Rahmenbedingungen des Wirtschaftsförderungskonzeptes. Zudem ging er auf die Branchenschwerpunkte und die daraus abgeleiteten Entwicklungsziele und Maßnahmen für die Wirtschaftsförderung der Stadt Halle (Saale) sowie das Organisationskonzept der Wirtschaftsförderung ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die zwei stattgefundenen Workshops, in Folge derer wurden zahlreiche Änderungen und Hinweise berücksichtigt. Das vorliegende Konzept ist Ergebnis intensiver Arbeit im Konzern Stadt.

Vorab der Diskussion bat **Herr Häder** um Rederecht für Herrn Stadtrat **Markus Klätte**. Dieses wurde erteilt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Rederecht für **Herrn Rauschenbach**. Dieses wurde ebenfalls erteilt.

Herr Peinhardt fragte, inwieweit der Oberbürgermeister in Fragen der Standortentwicklung involviert ist, oder ob dies ausschließlich durch die EVG und das Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft erfolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläutert, dass er in Abstimmung mit Herrn Götte und Herrn Rauschenbach bei jeder Neuansiedlung eingebunden ist.

Abhängig ist dies von der Größe der Investition und der Bedürfnisse des Investors. Mitunter wünschen diese gleich zu Beginn ein Gespräch mit dem Hauptverwaltungsbeamten.

Herr Senius begrüßte das vorliegende Konzept. Die frühzeitige Einbeziehung der Fraktionen im Erarbeitungsprozess war sehr gut. Ideen und Vorstellungen aus den beiden Workshops wurden ins Konzept aufgenommen.

Seines Erachtens ist das Wirtschaftsförderungskonzept jedoch an einigen Stellen zu konkretisieren. Womöglich erfolge hierzu später ein Änderungsantrag.

Im Weiteren stellte **Herr Senius** folgende Fragen:

1. Die Aussage unter 2.3., dass nur finanzstarke und somit handlungsfähige Kommunen den Wirtschaftsstandort Kommune an die zukünftige Entwicklung anpassen können, wird uneingeschränkt geteilt. Nach Aussage im Wirtschaftskonzept gibt es bereits dazu eine Mittelfristplanung. Wie sieht diese aus, insbesondere, wenn die Rückstellungen aus der Doppik-Umstellung aufgelöst sind?
2. Das Ranking zeigt, dass Halle als schlechteste Stadt im Vergleich mit den Wettbewerbern abschneidet, führt aber aus, dass die Bewertung der umliegenden Landkreise in den Vergleich einbezogen werden müsste. Wie verändert sich dadurch die Position Halles und welche Schlüsse sind daraus zu ziehen?
3. Ausgeführt wird, dass es bereits positive Effekte durch den Star Park, das TGZ und das MMZ gibt, die im Ranking noch nicht berücksichtigt sind. Welche Effekte sind da gemeint und woher kommt die Annahme, dass sich dadurch das Ranking verändert?
4. Ausgeführt wird, dass bisher die Entscheidungen zum Fördermitteleinsatz im Bereich Stadtumbau weitgehend autark vom GB II getroffen wurden. Wie sieht das künftige Verfahren aus?
5. Ausgeführt wird, dass die Marketinginstrumente des TGZ und des MMZ sich gegenwärtig in der notwendigen Überarbeitung befinden; auch werden kreative Vermarktungskonzepte mit internationaler Ausrichtung derzeit entwickelt und eingesetzt. Was ist hier gemeint und worin besteht der Unterschied zu früher?
6. Ausgeführt wird, dass die IMG sich nicht ausreichend um die Vermarktung des Star Park gekümmert hat. Wurde dies bei der aufsichtsführenden Stelle bei der Landesregierung reklamiert und von wem? Bestehen vertragliche Grundlagen für die Vermarktung durch die IMG? Können diese gelöst werden?

7. Es wird angeregt das TGZ in den Fokus der GTal zu rücken. Durch wen geschieht das? Was ist hier bisher veranlasst worden?
8. Aus der Tabelle auf S. 54 kann ich keinen Bezug zu Halle ableiten. Wie haben sich Bewilligungen, Fördervolumen und Investitionsvolumen verändert?
9. Ziel des Wirtschaftskonzeptes ist die Abgrenzung zu den Wettbewerbern. Das ist auch Leipzig. Leipzig und Halle haben eine ähnliche Branchenstruktur. Wie erfolgt diese Abgrenzung?
10. Es wird von einem "ebay-Effekt" gesprochen. Worin besteht dieser und welche (Ansiedlungs-)Folgen sind kausal auf ebay zurückzuführen?
11. Angestrebt wird die Zuschussfreiheit des MMZ. Gibt es Überlegungen wann dies erfolgt sein soll?
12. Messgröße ist auch die Entwicklung der Kaufkraft. Wie und aufgrund von welchen Daten wird diese abgebildet? Alternativ kann ich mir die Entgeltentwicklung vorstellen.

Die Verwaltung sagte eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Herr Bauersfeld brachte seine Verwunderung zum Ausdruck, da für die meisten Aufgaben die EVG verantwortlich ist. Er fragte, ob die Ressourcen hierfür ausreichen. Seiner Meinung nach hat das Konzept Schwächen.

Herr Rauschenbach erklärte, dass die Aufgaben des Dienstleistungszentrums Wissenschaft und Wirtschaft in der Bestandspflege, Bestandsbetreuung, Erweiterung der bestehenden Unternehmen und Gewerbegebietsentwicklung, sowie im BackOffice liegen.

Die EVG ist schwerpunktmäßig zuständig für das wirtschaftliche Standortmarketing und die Ansiedlungsakquisition. Die EVG ist mit ihren Ressourcen und ihrem Personal in der Lage, diese Aufgaben zu erfüllen.

Herr Rauschenbach merkte an, dass sich Herr Bauersfeld mitunter auf die gesamte Branchendarstellung bezieht. Diese spiegelt eine Branchendarstellung für die Gesamtstadt wieder.

Frau Müller bezog sich auf den Punkt 3.1.3 - Medientechnologie, IT. Sie regte an, dies um den Begriff Kreativwirtschaft zu ergänzen.

Herr Rauschenbach versicherte, dass der Begriff mehrfach diskutiert wurde. Letztlich hat man sich auf „Medientechnologie, IT“ verständigt. Er bestätigte, dass der Begriff mitunter nicht vollumfänglich stimmig ist. Es könnte noch einmal darüber diskutiert werden.

Herr Meerheim sagte, städtische Unternehmen, wie Stadtwerke, GWG oder HWG sowie den Bereich Tourismus und Kultur im Wirtschaftsförderungskonzept zu vermissen. Bislang konzentriert sich das vorliegende Konzept auf die drei Standorte Star Park, TGZ mit Biozentrum sowie MMZ. Er vermisse eine Vision des Konzerns Stadt. Im Weiteren möchte er wissen, ob für die EVG in den folgenden Jahren mehr Personal geplant ist.

Herr Rauschenbach erklärte, dass man nicht beschreiben kann, wie sich die Wirtschaft zu entwickeln hat, oder welche Investitionsstrategien und Unternehmensstrategien die Stadtwerke zu absolvieren haben. Dafür existieren deren eigene Gremien. Es wurde von Beginn an kommuniziert, dass in einem Wirtschaftsförderungskonzept nur das aufzunehmen

ist, was gestaltbar und Entwicklungspotential hat. Das Thema Wohnungswirtschaft wurde diskutiert. Es wird kein Gesamtentwicklungskonzept für städtische Unternehmen entwickelt. Dies war nicht Aufgabenstellung.

Herr Götte sagte, dass für das kommende Jahr kein Personalaufwuchs bei der EVG geplant ist. Die vorhandenen Ressourcen seien ausreichend. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit dem Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft sehr gut.

Herr Klätte empfahl, das Wirtschaftsförderungskonzept mit der Umgebung also dem Saalekreis oder Leipzig zu verzahnen.

Herr Rauschenbach erläuterte, dass es Bereiche gibt, die miteinander kooperieren. Halle und Leipzig erstellen mit Einbeziehung der umliegenden Landkreise zum Beispiel eine Gewerbegebietskarte. Darüber hinaus wird an einer gemeinsamen Immobiliendatenbank gearbeitet. Wenn es allerdings um Ansiedlungsfragen geht, kann keine Kooperation stattfinden.

Frau Ernst erklärte, dass sich die Stadt Halle (Saale) im Rahmen der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland stärker vernetzen möchte, um sich so im nationalen und internationalen Vergleich deutlicher zu positionieren.

Herr Klätte erwähnte, dass sich durch eine Vernetzung mit dem Saalekreis letztlich neue Schwerpunkte heraus kristallisieren würden.

Herr Bauersfeld machte darauf aufmerksam, dass die EVG als eigene Gesellschaft auch in die Verwaltung hineinwirken muss. Er fragte, wie das gedacht ist und beschleunigt werden kann. Weiterhin fragte er nach der Rolle und Bedeutung des Stadtrates im Gesamtprozess.

Herr Rauschenbach sagte, dass die Zusammenarbeit zwischen Herrn Götte als Geschäftsführer der EVG und Frau Dr. Sachse als Leiterin des Dienstleistungszentrums Wirtschaft und Wissenschaft sehr gut ist. Hier gibt es keinerlei Schwierigkeiten.

Dem stimmte **Herr Götte** zu. Seit Beginn der Zusammenarbeit gibt es keinen Grund zum Zweifeln.

Frau Dr. Sachse ergänzte, dass das Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft als Dienstleister für die Aufgabengebiete Ansiedlungsakquisition und Ansiedlungsbegleitung (BackOffice) dient.

Herr Bauersfeld verdeutlichte, dass im Falle frühzeitiger Probleme ein Verfahren im Stadtrat schlüssiger und schneller gestaltet werden könnte.

Bezogen auf die Beteiligung des Stadtrates im Gesamtprozess erklärte **Frau Ernst**, dass dieser über die jeweiligen Beschlussfassungen beteiligt ist.

Herr Meerheim fragte, warum sich nun im Star Park in kürzester Zeit drei größere Unternehmen angesiedelt haben. Zuvor gab es keine Bewegungen. Er wollte wissen, ob es etwaige Veränderungen im Standortmarketing gab.

Herr Rauschenbach erklärte, dass der Star Park in der Vergangenheit eher defensiv vermarktet wurde. Gewisse Branchen und Bereiche wurden von vornherein ausgeschlossen. Große Unternehmen wie ebay arbeiten mit Projektentwicklern zusammen. Einige derer konzentrieren sich auf die Entwicklung von Gebieten. Ein Areal wie der Star Park muss offensiver vermarktet werden.

Herr Häder beendete die 1. Lesung zum Wirtschaftsförderungskonzept.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt das Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt Halle (Saale).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum kommunalen
Arbeitsmarktmanagement
Vorlage: VI/2015/01285**

Herr Senius brachte den Antrag im Namen der SPD-Fraktion ein.

Es gab keine Wortmeldungen, so dass Herr Häder um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich Leitlinien für ein kommunales Arbeitsmarktmanagement zu erstellen.
2. Die erstellten Leitlinien für das kommunale Arbeitsmarktmanagement dienen als Grundlage für:
 - künftige Fördermittelbeantragungen der Stadt auf dem Feld der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung
 - die Vertretung der Stadt im Regionalen Arbeitskreis zur Umsetzung des „Operationellen Programms des Europäischen Sozialfonds (ESF) Sachsen-Anhalts“
 - und die Positionierung der Stadt zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Halle
3. Die Leitlinien sind regelmäßig durch den Geschäftsbereich IV zu evaluieren. Änderungen sind dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

Es wurden keine Mitteilungen gegeben.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage Herr Peinhardt zur Erhöhung der Mittel für den EB für Arbeitsförderung

Herr Peinhardt bat um Erklärung der Erhöhung der finanziellen Mittel für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung, durch die mehr Projekte für den Arbeitsmarkt finanziert werden sollen.

Herr van Rissenbeck sagte, dass die derzeitige Planung vorsieht, insgesamt 430 Stellen zu schaffen. Darüber hinaus ist bekannt, dass es ein weiteres Förderprojekt (Jobperspektive ab 50 plus) vom Land geben wird. Dieses und weitere Projekte sind noch nicht untersetzt. Es können daher lediglich Schätzungen abgegeben werden.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Herr Häder beendete die öffentliche Sitzung.

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Kirsten Sommer
stellvertretende Protokollführerin